

Print-Veröffentlichung

Medium	Weser-Kurier		
Datum	Mittwoch, 19. Oktober 2022		
Auflage	123.468	Anzeigenäquivalenz	18.828 €
Verbreitung	Bremen & Umland		
Platzierung	Seite 9 (von 28), Rubrik „Bremen“ (Aufmacher Lokalressort)		

Erste Bilanz bei „Housing First“

Pilotprojekt gegen Obdachlosigkeit wird Ziele wahrscheinlich erreichen – Zukunft unklar

Bremen. Die eigenen vier Wände, egal ob Mietwohnung oder Eigenheim, sind ein Rückzugsort. Etwa 600 Menschen in Bremen haben einen solchen Ort nicht: Sie leben auf der Straße, schlafen unter Brücken, in Hauseingängen oder Notunterkünften. Um die Obdachlosigkeit zu bekämpfen, hat Bremen Anfang des Jahres das Modellprojekt „Housing First“ gestartet. Nun ziehen die Organisatoren eine erste Bilanz.

Was bedeutet „Housing First“?

Das Projekt folgt dem Motto: Erst eine Wohnung, dann die weitere Stabilisierung. Ziel ist es, Wohnungslose mit regulären Mietverträgen auszustatten. Die Teilnehmer sollen sich aus einem eigenen, sicheren Umfeld heraus um ihre Probleme kümmern können. „Housing First“, das seit einigen Jahren in den USA, im europäischen Ausland und in einigen deutschen Kommunen praktiziert wird, richtet sich auch an Obdachlose mit Suchtproblemen und psychischen Erkrankungen. „Wir wollen so wenig Ausschlusskriterien wie möglich“, sagt Anne Blankemeyer, die „Housing First“ in Bremen koordiniert. Zur Umsetzung haben sich die Vereine Wohnungshilfe und Hoppenbank zusammengeschlossen.

Welche Ziele hat Bremen?

Mindestens 30 Wohnungen wolle man jeweils in diesem und im nächsten Jahr über das Projekt vermitteln, sagt Blankemeyer. Ein Bürgerschaftsbeschluss aus dem Jahr 2019 konzentriert sich bei der Wohnraumbeschaffung vor allem auf sogenannte Belegrechte, die Bremen erwerben soll. Heißt: Die Stadt bietet Vermietern finanzielle Anreize, damit sie Menschen als Mieter berücksichtigen, die auf dem regulären Wohnungsmarkt wenig Chancen haben. Die Vermieter sollen auch gegen eventuelle Beschädigungen der Wohnungen abgesichert werden.

Wie viele Wohnungen wurden vermittelt?

20 Menschen sind Blankemeyer zufolge in Wohnungen eingezogen, die „Housing First“ vermittelt habe. Vier Wohnungen seien bereits vergeben, aber noch nicht bezogen worden – zum Beispiel, weil noch renoviert werden müsse. Sie sei zuversichtlich, dass das Ziel von 30 Wohnungsvermittlungen bis zum Jahresende erreicht werde, erklärt die Projektkoordinatorin.

Wichtigste Vermieter seien bislang die Vonovia und die Brebau. Auch die Gewoba stelle einige Wohnungen zur Verfügung. Belegrechte spielen für „Housing First“ bislang keine große Rolle: Über diesen Weg seien drei Wohnungen vermittelt worden, heißt es aus der Sozialbehörde, die das Projekt fördert. Insgesamt habe man Belegrechte für 24 Wohnungen angekauft. Diese Wohnungen stünden nicht leer, sondern würden auf anderen Wegen an Menschen vergeben, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt seien, sagt Ressortsprecher Bernd Schneider.

Wie läuft die Vermittlung?

Einige Teilnehmer würden über Streetworker, die Suchthilfe oder gesetzliche Betreuer vermittelt, andere kämen direkt auf sie zu, sagt Blankemeyer. Wichtig sei es, die Bedürfnisse zu ermitteln. Gerade habe man eine junge Frau aufgenommen, die nun zum ersten Mal allein wohne. „Die Frau hat vorher am Bahnhof geschlafen, wo sie immer viel Trubel um sich herum hatte“, sagt Blankemeyer. „Für sie wäre das ruhige Altbremer Haus mit drei Parteien wohl nicht so ideal gewesen.“ Solche Umstände müsse man berücksichtigen. Die Frau, so Blankemeyer, habe eine Wohnung in der Neustadt gefunden – in der Nähe der Diskothek Modernes.

Was berichten die Teilnehmer?

Viele fühlten sich entlastet, berichtet Blankemeyer. Sie erzählt von einer Frau, die erstmals die Kraft habe, sich um einen Therapieplatz zu kümmern. Ein Mann sei von seinem ehemaligen Arbeitgeber wieder eingestellt worden, nachdem er eine Wohnung gefunden habe. Anderen Projektteilnehmern fiele es schwer, sich an Regeln zu halten – Ärger in der Nachbarschaft sei die Folge. Zwei Mieter hätten eine Abmahnung erhalten. Ihre Wohnung behalten wollten alle Teilnehmer, so Blankemeyer. Diese Erfahrung deckt sich mit den bisherigen Erkenntnissen zum „Housing First“: In Berlin haben vier von fünf Teilnehmern eines Pilotprojekts den Wechsel vom Leben auf der Straße in eine Wohnung geschafft.

Welches Fazit ziehen die Organisatoren bisher?

Insgesamt laufe das Projekt zufriedenstellend, erklärt das Sozialressort. Die Ziele würden erreicht, aber Blankemeyer sagt auch: „Das Projekt verbessert die Situation der 30 Menschen, die eine Wohnung bekommen. Mehr aber auch nicht.“ In diesem Jahr habe sie rund 160 Anfragen bekommen. Die Projektleiterin betont, dass sich der Lebensrhythmus durch die neue Wohnsituation eher selten ändere. Das Programm beinhalte einen wöchentlichen Austausch mit den Teilnehmern – diese Zeit reiche aber in vielen Fällen nicht aus. „Es scheint sinnvoll, die Betreuungszeiten auszuweiten“, sagt auch Schneider.

Was kommt nach dem Modellprojekt?

Bis Ende nächsten Jahres läuft das Modellprojekt – eine Verlängerung fände Blankemeyer laut eigener Aussage wünschenswert. „Grundsätzlich sprechen die bisherigen positiven Erfahrungen dafür“, sagt auch Schneider. Man müsse jedoch die Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr berücksichtigen. „Welche Schwerpunkte eine mögliche neue Koalition dann setzen wird, kann man jetzt natürlich noch nicht sagen.“

Von Felix Wendler



Mehr als 600 Bremer und Bremerinnen sind Schätzungen zufolge obdachlos – das Modellprojekt „Housing First“ soll helfen, die Zahl zu verringern.



Mehr als 600 Bremer und Bremerinnen sind Schätzungen zufolge obdachlos – das Modellprojekt „Housing First“ soll helfen, die Zahl zu verringern.

FOTO: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

Erste Bilanz bei „Housing First“

Pilotprojekt gegen Obdachlosigkeit wird Ziele wahrscheinlich erreichen – Zukunft unklar

VON FELIX WENDLER

Bremen. Die eigenen vier Wände, egal ob Mietwohnung oder Eigenheim, sind ein Rückzugsort. Etwa 600 Menschen in Bremen haben einen solchen Ort nicht: Sie leben auf der Straße, schlafen unter Brücken, in Hauseingängen oder Notunterkünften. Um die Obdachlosigkeit zu bekämpfen, hat Bremen Anfang des Jahres das Modellprojekt „Housing First“ gestartet. Nun ziehen die Organisatoren eine erste Bilanz.

Was bedeutet „Housing First“?

Das Projekt folgt dem Motto: Erst eine Wohnung, dann die weitere Stabilisierung. Ziel ist es, Wohnungslose mit regulären Mietverträgen auszustatten. Die Teilnehmer sollen sich aus einem eigenen, sicheren Umfeld heraus um ihre Probleme kümmern können. „Housing First“, das seit einigen Jahren in den USA, im europäischen Ausland und in einigen deutschen Kommunen praktiziert wird, richtet sich auch an Obdachlose mit Suchtproblemen und psychischen Erkrankungen. „Wir wollen so wenig Ausschlusskriterien wie möglich“, sagt Anne Blankemeyer, die „Housing First“ in Bremen koordiniert. Zur Umsetzung haben sich die Vereine Wohnungshilfe und Hoppenbank zusammengeschlossen.

Welche Ziele hat Bremen?

Mindestens 30 Wohnungen wolle man je-

weils in diesem und im nächsten Jahr über das Projekt vermitteln, sagt Blankemeyer. Ein Bürgerschaftsbeschluss aus dem Jahr 2019 konzentriert sich bei der Wohnraumbeschaffung vor allem auf sogenannte Belegrechte, die Bremen erwerben soll. Heißt: Die Stadt bietet Vermietern finanzielle Anreize, damit sie Menschen als Mieter berücksichtigen, die auf dem regulären Wohnungsmarkt wenig Chancen haben. Die Vermieter sollen auch gegen eventuelle Beschädigungen der Wohnungen abgesichert werden.

Wie viele Wohnungen wurden vermittelt?

20 Menschen sind Blankemeyer zufolge in Wohnungen eingezogen, die „Housing First“ vermittelt habe. Vier Wohnungen seien bereits vergeben, aber noch nicht bezogen worden – zum Beispiel, weil noch renoviert werden müsse. Sie sei zuversichtlich, dass das Ziel von 30 Wohnungsvermittlungen bis zum Jahresende erreicht werde, erklärt die Projektkoordinatorin. Wichtigste Vermieter seien bislang die Vonovia und die Brebau. Auch die Gewoba stelle einige Wohnungen zur Verfügung. Belegrechte spielen für „Housing First“ bislang keine große Rolle: Über diesen Weg seien drei Wohnungen vermittelt worden, heißt es aus der Sozialbehörde, die das Projekt fördert. Insgesamt habe man Belegrechte für 24 Wohnungen angekauft. Diese Wohnungen stünden nicht leer, sondern würden auf anderen Wegen an Menschen vergeben, die auf dem Wohnungs-

markt benachteiligt seien, sagt Ressortsprecher Bernd Schneider.

Wie läuft die Vermittlung?

Einige Teilnehmer würden über Streetworker, die Suchthilfe oder gesetzliche Betreuer vermittelt, andere kämen direkt auf sie zu, sagt Blankemeyer. Wichtig sei es, die Bedürfnisse zu ermitteln. Gerade habe man eine junge Frau aufgenommen, die nun zum ersten Mal allein wohne. „Die Frau hat vorher am Bahnhof geschlafen, wo sie immer viel Trubel um sich herum hatte“, sagt Blankemeyer. „Für sie wäre das ruhige Altbremer Haus mit drei Parteien wohl nicht so ideal gewesen.“ Solche Umstände müsse man berücksichtigen. Die Frau, so Blankemeyer, habe eine Wohnung in der Neustadt gefunden – in der Nähe der Diskothek Modernes.

Was berichten die Teilnehmer?

Viele fühlten sich entlastet, berichtet Blankemeyer. Sie erzählt von einer Frau, die erstmals die Kraft habe, sich um einen Therapieplatz zu kümmern. Ein Mann sei von seinem ehemaligen Arbeitgeber wieder eingestellt worden, nachdem er eine Wohnung gefunden habe. Anderen Projektteilnehmern fele es schwer, sich an Regeln zu halten – Ärger in der Nachbarschaft sei die Folge. Zwei Mieter hätten eine Abmahnung erhalten. Ihre Wohnung behalten wollten alle Teilnehmer, so Blankemeyer. Diese Erfahrung deckt sich mit den bisherigen Erkenntnissen zum „Hou-

sing First“. In Berlin haben vier von fünf Teilnehmern eines Pilotprojekts den Wechsel vom Leben auf der Straße in eine Wohnung geschafft.

Welches Fazit ziehen die Organisatoren bisher?

Insgesamt laufe das Projekt zufriedenstellend, erklärt das Sozialressort. Die Ziele würden erreicht, aber Blankemeyer sagt auch: „Das Projekt verbessert die Situation der 30 Menschen, die eine Wohnung bekommen. Mehr aber auch nicht.“ In diesem Jahr habe sie rund 160 Anfragen bekommen. Die Projektleiterin betont, dass sich der Lebensrhythmus durch die neue Wohnsituation eher selten ändere. Das Programm beinhalte einen wöchentlichen Austausch mit den Teilnehmern – diese Zeit reiche aber in vielen Fällen nicht aus. „Es scheint sinnvoll, die Betreuungszentren auszuweiten“, sagt auch Schneider.

Was kommt nach dem Modellprojekt?

Bis Ende nächsten Jahres läuft das Modellprojekt – eine Verlängerung fände Blankemeyer laut eigener Aussage wünschenswert. „Grundsätzlich sprechen die bisherigen positiven Erfahrungen dafür“, sagt auch Schneider. Man müsse jedoch die Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr berücksichtigen. „Welche Schwerpunkte eine mögliche neue Koalition dann setzen wird, kann man jetzt natürlich noch nicht sagen.“



Die kürzesten Wörter, nämlich „ja“ und „nein“ erfordern das meiste Nachdenken.

PYTHAGORAS VON SAMOS (570-510 V.CHR)

„Robinsönchen“ wieder geöffnet

Keine Ratten mehr gesichtet

Bremen. Der seit den Sommermonaten gesperrte Spielplatz „Robinsönchen“ in den Bremer Wallanlagen ist nach Angaben des stadteigenen Unternehmens Immobilien Bremen wieder geöffnet. Hintergrund der Sperrung war eine Rattenplage auf dem Gelände. „Die Schädlingsbekämpfer waren nach einigen Monaten Bearbeitungszeit jetzt erfolgreich, darum konnten wir den Spielplatz heute wieder öffnen“, erklärte Immobilien-Bremensprecher Fabio Cecere am Dienstag.

Seit Mitte Juli war der Zugang zum „Robinsönchen“ für Besucher nicht mehr erlaubt gewesen. „In diesem Bereich hielten sich durch die Nähe zum Wasser in den Wallanlagen ohnehin viele Nager auf. Das wurde durch viele weggeworfene Essensreste und anderen Müll noch verstärkt“, sagte Cecere. Nach mehreren Versuchen und einiger Bearbeitungszeit konnten die Tiere nun von dem Spielplatz entfernt werden.

Nicht nur auf dem Spielplatz werden die Schädlinge bekämpft, auch in der direkten Nachbarschaft am Wilhelm-Wagenfeld-Haus laufen laut Immobilien Bremen seit einiger Zeit Maßnahmen gegen die Ratten.

Die Tiere sind Allesfresser und von Natur aus vorsichtig bei ihrer Nahrungswahl. Das und die hohe Vermehrungsquote machen sie schwer kontrollierbar und mit Ködern bekämpfbar. HSC

ANZEIGE

Freimarkt-Tickets



Sparen Sie 25% mit den Freimarkt-Tickets

Pressehaus Bremen und regionale Zeitungshäuser

Nur gültig während des 202. Bremer Freimarktes vom 14. bis 30. Oktober 2022.

WESTER SHOP

MORDFALL EKATERINA B.

Weiteres Leichenteil in der Geeste gefunden

Bremerhaven. Der Mordprozess Ekaterina B. aus Bremerhaven hat am achten Verhandlungstag die nächste Überraschung bereithalten: Zu Beginn der Verhandlung verkündete der Richter, dass die Polizei ein weiteres Leichenteil in der Geeste in Bremerhaven gefunden hat. Es soll sich dabei um einen in einem Beutel und mit einem Gewicht beschwerten Oberschenkel handeln. Die Mutter des Angeklagten hatte am vergangenen Mittwoch gestanden, dass sie ihre Schwiegertochter umgebracht hätte. Bei ihrem Geständnis berichtete die Frau auch, wo genau sie und ihr Sohn den Koffer mit der Leiche in die Geeste geworfen hatten. WK

Entscheidung zur Maskenpflicht in Innenräumen vertagt

Bremen hofft auf bundeseinheitliche Lösung – Krankenhäuser sollen durch andere Maßnahmen entlastet werden

VON FELIX WENDLER

Bremen. In Bremen wird vorerst keine Maskenpflicht in Innenräumen eingeführt. Der Senat hat sich am Dienstag darauf verständigt, das Thema zunächst bei der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) diskutieren zu lassen, die am Montag nächster Woche tagt. Man habe die Maskenpflicht auf die Tagesordnung gesetzt, heißt es aus dem Ressort von Gesundheitsssenatorin Claudia Bernhard (Linke). „Wir erhoffen uns von der GMK Signale, in welche Richtung es gehen wird“, sagt Ressortsprecher Lukas Fuhrmann.

Ein einheitliches Vorgehen der Länder erhöhe voraussichtlich die Akzeptanz – derzeit sei die Stimmung allerdings sehr unterschiedlich. „Bayern blockt, Berlin will die Maskenpflicht. Dazwischen gibt es alle möglichen Graubereiche“, sagt Fuhrmann. Er betont, dass eine bundeseinheitliche Umsetzung zwar gewünscht sei, aber Bremen im Zweifelsfall auch eine landeseigene Regelung oder eine Zwei-Länder-Vereinbarung mit Niedersachsen beschließen könne. „Ich halte eine Maskenpflicht in bestimmten Innenräumen weiterhin für eine niedrigschwellige Maßnahme, die wir bei einem weiteren Anstieg der Infektionszahlen ein-

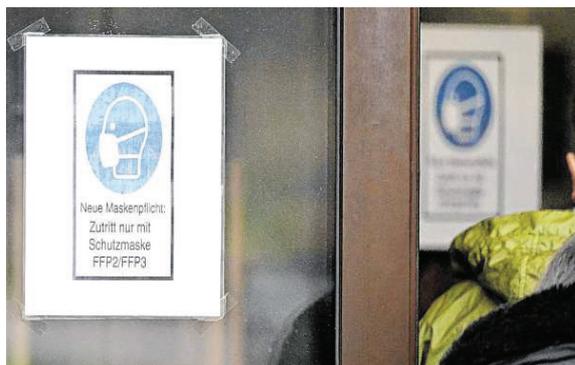
beziehen müssen“, so Bernhard. Die Gesundheitsssenatorin hatte eine mögliche Maskenpflicht vor allem wegen der angespannten Lage in den Bremer Kliniken zum Senats-

thema gemacht. Die Kliniken klagten über Personalausfälle und überlastete Notaufnahmen. Zuletzt war auch die Zahl der stationär versorgten Corona-Patienten deutlich

gestiegen. Der Senat hat sich deswegen am Dienstag auf verschiedene Maßnahmen verständigt, mit denen die Krankenhäuser entlastet werden sollen – unabhängig von einer möglichen Maskenpflicht. Beispielsweise werde man das Gespräch mit niedersächsischen Krankenhäusern und Rettungsdiensten suchen, um eine bessere Patientenverteilung zu schaffen, so Fuhrmann. Derzeit gebe es einen sehr hohen Anteil niedersächsischer Patienten in den Bremer Kliniken.

Aufgaben der Notaufnahmen

Zusammen mit der Innenbehörde und der Sozialbehörde würden Lösungen gesucht, um die Notaufnahmen zu entlasten – zum Beispiel durch eine schnellere Rückverlegung von Patienten in Pflegeheime. Grundsätzlich wolle man stärker über die Aufgaben von Notaufnahmen informieren, die dem Gesundheitsressort zufolge auch von vielen Patienten angestreut würden, „die im niedergelassenen Bereich behandelt werden könnten“. Bernhard: „Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Bremer Krankenhäuser werden wir verstärkt darüber informieren, für welche Erkrankungen man wo Hilfe bekommt.“ Auch finanzielle Unterstützungen für Kliniken, die Corona-Patienten versorgen, seien denkbar.



Die Maskenpflicht in Innenräumen wird in Bremen nicht wieder eingeführt – zumindest vorerst. Darauf hat sich am Dienstag der Senat verständigt

FOTO: BERND WEISSBROD